Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschtum, Mode vom Tage, Haus und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. [illegible]

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 46 mm breite Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (mit Zeilenh. 70 Pfg. [illegible] von Anzeigen in bestimmter Nummer und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Bei Anzeigen tarifmäßiger Ausschlag. — [illegible]

Nr. 23 — Freitag, den 27. Januar 1928. — 83. Jahrgang

Tagesschau.

Das **Reichskabinett** beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Problem der landwirtschaftlichen Nothilfe und mit Fragen der Außenpolitik, sowie mit der Vorbereitung der Einsetzung des von der Länderkonferenz in Aussicht genommenen Verfassungsausschusses für die Reichsreform.

Reichsminister Dr. Stresemann hat Mittwoch nachmittag den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras zu einer Unterredung empfangen, die über zwei Stunden dauerte. Die Besprechungen werden während der nächsten Tage fortgesetzt.

* Die **Junkerabteilung der Gießener Reichswehr** ist unter dem Verdacht der funkentelegraphischen Verbindung mit dem Ausland verhaftet worden.

Lloyd George ist Mittwoch abend von seiner Südamerikareise nach London zurückgekehrt.

* Ein **Orkan** zerstörte im nordamerikanischen Staate Tennessee ein Schulgebäude und zahlreiche andere Gebäude. Vier Kinder wurden getötet und 20 verletzt.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Schicksalsfragen.

Das für Deutschland auffälligste Kennzeichen der Gegenwart, der Beginn des ersten Normaljahres der Reparationsleistungen, wird alle anderen Fragen, die inneren Probleme des deutschen Schicksals, zur Reife treiben. Mit der Erkenntnis, daß die Lösung dieser Fragen nicht mehr zu umgehen ist, stellten sich die Erörterungen über Währung, Transfer, Anleihenpolitik und endlich Revision des Dawesvertrages ein. Der Reparationsagent, nicht ein deutscher Minister, hat die Dawes-Revision als unvermeidlich bezeichnet, und bestimmte Vorschläge über die Neuregelung gemacht. Er fordert die endgültige Festsetzung der Schuldsumme und die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht nur für die Zahlung, sondern auch für die Ueberweisung der Summen, den Transfer, der bisher unter Rücksichtnahme auf die Festigkeit der deutschen Währung geregelt wurde. Der vom Reparationsagenten bisher gewährleistete Schutz der Währung würde dann fortfallen. Das Reich müßte für die gesamte Summe der begrenzten Reparationen langfristige Anleihen aufnehmen und seine Gläubiger daraus bezahlen oder aber an diese Zahlungsanweisungen in Form von Obligationen ausgeben. Wenn die Bestimmung der Gesamtsumme unserer Tributleistungen auch nachgerade unvermeidlich ist, so türmen sich in ihrer Wirkung notwendig gewaltige Schwierigkeiten auf. Bei dem völligen Verzicht auf eigene Aktivität auf dem Gebiete der Reparationspolitik würden wir in eine Lage geraten, die kaum anders als diktatorisch zu beherrschen wäre. Es fragt sich nur, ob das deutsche Volk politisch klug und reif genug befunden würde, die Ablösung des gegenwärtigen Systems durch eine nationale Diktatur einem neuen Finanz- und Wirtschaftsdiktat mit starkem politischen Hintergrund vorzuziehen, das die Gläubiger einem innerlich uneinigen Deutschland aufzwingen würden, wie uns Versailles, der Londoner Vertrag und endlich der Dawes-Pakt diktiert wurden.

Bei der engen Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Problem der Alliiertenverschuldung an Amerika und des Tilgungsdienstes ist an eine rasche Lösung nicht zu denken. Wohl aber können die Erklärungen Parker Gilberts und Mellons als erste Fühler zu einer allgemeinen internationalen Aussprache über das Schuldenproblem überhaupt verstanden werden. Dann müßte das Deutsche Reich von vornherein seine bisherige Passivität aufgeben und die realen Möglichkeiten durch bestimmte Vorschläge in den Vordergrund stellen. Die Schaffung der Voraussetzungen hierfür, ernste gründliche Prüfung der tatsächlichen deutschen Leistungsfähigkeit, der Entwicklungsmöglichkeiten, und als Ergebnis dieser Untersuchung ein zielbewußter innerwirtschaftlicher Kurs, darf nicht einen Tag länger verzögert werden, soll uns in der Stunde der Entscheidung das Gesetz des Handelns nicht wieder von fremden Nationen zu unserem Nachteil vorgeschrieben werden. Wir könnten dabei vom Regen in die Traufe geraten. Vornehmlich wäre die Bilanz der Anleihewirtschaft von 1927 nüchtern und ohne Illusionen zu ziehen. Ueber der Exportförderung wurde die deutsche Landwirtschaft lebensgefährlich vernachlässigt. Die landwirtschaftliche Kreditkasse hat den Binnenmarkt schwer geschädigt. Damit erscheint die Fortsetzung einer intensiven Agrarwirtschaft ernstlich bedroht. Greift die Landwirtschaft aber zu der verzweifelten Auskunft der extensiven Bewirtschaftung von Grund und Boden, so geht jede Aussicht auf eine selbständige deutsche Wirtschaft und damit auf reparationspolitische Aktivität verloren. Die Nahrungsmitteleinfuhr belastet unsere Handelsbilanz in sehr bedenklichem Maße. Eine Aktivierung ist nur denkbar durch die Förderung der heimischen Erzeugung: die Sicherstellung der Eigenernährung, die wiederum die innere Aufnahmefähigkeit für heimische Industrieprodukte steigert.

In engstem Zusammenhang mit diesen unabweisbaren Geboten einer nationalen Wirtschaftspolitik steht die Frage der Handelsverträge. Die Verträge mit Spanien und Frankreich haben unserem Weinbau schwere Wunden geschlagen. Französische Luxusartikel überschwemmen den deutschen Markt und werden gedankenlos gekauft. Die Regierung muß, um für bestimmte Ausfuhrwaren die fremden Grenzen zu öffnen, auch fremden Waren die eigenen Grenzen erschließen. Sie kann nicht zum Boykott durch den deutschen Käufer auffordern. Wohl aber kann das deutsche Volk den fremden Artikel meiden, kann der Kaufmann sich auf deutsche Waren beschränken. Selbstzucht der Nation tut hier not. Wo aber, wie bei den Verhandlungen mit Polen, deutsche Lebensinteressen, deutsches Gebiet und deutsche Menschen auf dem Spiele stehen, muß die Vertragspolitik steifnackig sein. Umsonst ruft die Regierung nicht nach Hilfe für Ostpreußen. Ein Bauer hat uns kürzlich die Gefahren für die deutsche Ostmark geschildert. Wir dürfen die Grenzmarken nicht um geringer handelspolitischer Vorteile willen gefährden, dürfen den Inlandmarkt nicht so vernachlässigen, daß für deutsche Landesteile wie Ostpreußen schwere politische und wirtschaftliche Gefahren erstehen. Im Hintergrund der polnischen Bemühungen um einen wirtschaftlichen Frieden mit dem Reich steht die Fortsetzung der Locarnopolitik, angewendet auf den Osten, steht der Verzicht auf die alten Grenzen, auf Oberschlesien, die Anerkennung des polnischen Korridors, die Preisgabe der deutschen Interessen in Danzig, die Gleichgültigkeit gegenüber den Deutschen in Memel und Litauen, der Verzicht auf deutsche Siedlungspolitik und wirksamen Minderheitenschutz. In Genf sucht man uns auch in diesen Fragen das Gesetz des Handelns vorzuschreiben, uns abzudrängen von dem Entschluß zu einer eigenen aktiven, den deutschen Interessen dienlichen Verteidigungspolitik. Ostlocarno wird in den Erörterungen der Räumung des Rheinlandes und der Dawes-Revision eine große Rolle spielen. Nur eine bewußt energische deutsche Politik, bestimmt allein von den Lebensinteressen der Nation, kann uns vor dieser Katastrophe bewahren.

Der Ruf nach den inneren Reformen ist aus der Einsicht entstanden, daß wir ohne innere Erstarkung den Krisen, die von außen an uns herankommen, nicht gewachsen sein werden. Das erste Normaljahr der Reparationsleistungen erweckt allgemein schwere Bedenken und Befürchtungen. Deutschland rüstet in diesem Schicksalsjahr zu Neuwahlen, will der hemmungslosen Demagogie der Wahlagitation Tür und Tor öffnen. Das System, das für die deutsche Inaktivität verantwortlich ist, soll das Parlament der Reformer gebären! Das System, das zur inneren Krise treibt, soll den von außen kommenden Krisen den Widerstand schaffen! Der innere Widerspruch ist zu kraß, das Tempo dieser Evolution zu träge, als daß sie das Reich in diesem Jahre der gesunden Neuordnung näher bringen könnte. Die Krisen werden sich verschärfen. Die Not wird größer und empfindlicher werden. Die Reform wird erst mit der Verantwortung kommen, welche die Kraft hat, sich entschlossen gegen die Parteien durchzusetzen. Ein Geschichtsprozeß muß sich vollenden, um den werdenden zur Reife zu bringen.

Woldemaras' Versprechungen.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist am Mittwoch in Berlin eingetroffen und hat sofort die Verhandlungen mit dem Außenminister Dr. Stresemann aufgenommen. Er hat die Gelegenheit benutzt, in einem Berliner Mittagsblatt ein Art Programm zu entwickeln, wobei er ausdrücklich erklärt, daß Litauen die Freundschaft Deutschlands sucht. Nun, vor Tisch las man es anders. Doch wird man in Deutschland gern bereit sein, an den guten Willen, jedenfalls des litauischen Ministerpräsidenten zu glauben, wenn er ihn, wie in diesem Aufsatz, mit der ausdrücklichen Feststellung bekräftigt, daß er sich wegen jeder einzelnen Klage von deutschen Staatsbürgern in Litauen, die ihm zu Gehör kommt, mit dem Gouverneur in Verbindung setzen will. Da Herr Woldemaras persönlich die Verantwortung dafür übernimmt, daß diese deutschen Staatsbürger in Litauen keinen Grund mehr zu Klagen haben werden, so darf man ja wohl hoffen, daß sich jetzt die Verhältnisse in Litauen und besonders im Memelland von Grund auf ändern. Das wäre ohne Zweifel der beste Auftakt zu einem günstigen Verlauf der in Berlin begonnenen Verhandlungen.

Aus dem Reichstag.

Justizdebatte. — Zwei Reden des Reichsjustizministers. — Die Landwirtschaftskrise in den Ausschüssen.

Die Reichstagsdebatte vom letzten Mittwoch ist der Opposition nicht gerade wohl bekommen. Auf der einen Seite wirft man dem Reichsjustizminister Mangel an Initiative, auf der anderen Ueberproduktion vor. Schon das ist an sich keine sachliche Kritik. Dabei ist Herrn Haas noch ein Malheur passiert, indem er eine Schrift Dr. Schlegelbergers zitierte, wo u. a. auch die Ueberproduktion bei Reichswirtschaftsrat, Parlament u. dergl. angegriffen wird. Man sollte da bei den Demokraten doch etwas vorsichtiger sein! Anderseits hatte im Zusammenhang mit der Feststellung dieses Tatbestandes Reichsjustizminister Hergt Gelegenheit, die gigantischen Aufgaben zu schildern, die das Reichsjustizministerium angesichts der noch vorhandenen Schlacken aus Kriegszeit, Inflation und Deflation vor allen anderen Ressorts zu erfüllen hat. Nicht zuletzt fällt in dieses Gebiet natürlich auch die Strafrechtsreform, die inzwischen im zuständigen Reichstagsausschuß weiter behandelt wird. Da stand z. B. gerade am Mittwoch die Frage der Ahndung der Verletzung des Amtsgeheimnisses zur Debatte, ein Problem, das recht verschiedenartige Auslegungen verträgt und deshalb auch nicht so ohne weiteres nach der einen oder der anderen Richtung hin allein entschieden werden kann.

Das rechtliche Gebiet berührt schließlich auch die Regelung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich und Ländern, bei deren Neugestaltung nach den Worten des Reichsfinanzministers im Bildungsausschuß man nach Einführung des Reichsschulgesetzes selbstverständlich die Schwierigkeiten des Lastenausgleichs berücksichtigen wird. Im übrigen steht der Reichstag nach wie vor im Zeichen der Landwirtschaftskrise, die im Haushaltsausschuß behandelt wird. „Ein neuer Weg liegt vor uns", erklärte Dr. Schiele, und die Auslandsanleihe wird kommen, obwohl man heute leider noch nicht genau sagen kann, wie sich die Dinge entwickeln werden. Die parlamentarische Konzession, die man der Landwirtschaft in den letzten Tagen gemacht hat, wird auch in parlamentarischen Kreisen durchaus als ein Fortschritt gewertet, wenn man sich auch nicht verhehlt, wie viele Bedenken der Landwirt noch immer hegen muß. Positiv wissen wir, daß die Rentenbank-Kreditanstalt erste Hypotheken zu beschaffen hat. Und das Wichtigste ist, die Personal- und schwebenden Schulden von drei bis vier Milliarden soweit wie irgend möglich in Realkredit umzuwandeln. Das soll durch die Zwischenkredite angebahnt und erleichtert werden, und die festgefrorenen Kredite der Landwirtschaft sollen aufgetaut werden, um möglichst schnell durch Umwandlung der Kredite in zweite Hypotheken Kredite für Betriebsmittel freizumachen. Es handelt sich letzten Endes um die Sicherung der landwirtschaftlichen Rentabilität. Umsonst wird mit dem Begriff Produktivität versucht, die Aufmerksamkeit von der dringendsten Frage abzulenken. Es ist wahrlich für Parteien und Parlament kein Ruhmesblatt, daß es erst zur Katastrophe kommen mußte, um endlich positive Schritte zur Abhilfe zu tun. Es ist kein Wunder, wenn da ein Abgeordneter u. a. erklärte, in Vorpommern, das sonst die besten Böden aufweise, wäre die Lage geradezu trostlos und so verzweifelt, daß ein Funke in dies Pulverfaß genüge, um die Explosion hervorzurufen.

•

Berlin, 26. Januar. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Die Denkschrift der Reichsregierung über die Kreditaktion und die Denkschrift über die Lage der Unterweserhäfen wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das Haus setzt dann die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsjustizministeriums fort. Verbunden mit der Beratung ist unter anderem auch der Antrag, wonach Zechschulden nicht einklagbar sein sollen.

Reichsjustizminister Hergt

leitet die Aussprache mit einer Betrachtung über die gesetzgeberischen Arbeiten seines Ministeriums ein. Im Ausschuß hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenfeld den Antrag ge-